

## Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft

Von Christoph B. Ströhle

**REUTLINGEN.** »Mein Job: alles dafür zu tun, dass wir uns an die Oppositionsbank nicht gewöhnen« - mit diesen Worten hatte sich Winfried Kretschmann vor Jahren als Grünen-Fraktionschef in Stellung gebracht. In der »Uhlandhöhe« unterstrich er jetzt, wie er sich den Wechsel auf die Regierungsbank vorstellt. Punkten will der Politiker bei der Landtagswahl, indem er die Menschen auf dem Weg »hin zu einer offenen Bürgergesellschaft« mitnimmt. Wichtigste Lehre aus dem Konflikt um das Bahnprojekt »Stuttgart 21« sei es, dass die Menschen stärker einbezogen werden wollen.



Für eine Politik des Gehörtwerdens (von links): Beate Müller-Gemmeke, Thomas Poreski und Winfried Kretschmann. FOTO: Christoph B. Ströhle

Der 62-Jährige, in dem viele seiner Anhänger bereits den nächsten Ministerpräsidenten sehen, stellte den etwa 150 Zuhörern eine »Politik des Gehörtwerdens« in Aussicht, sollten die Grünen in die Regierungsverantwortung kommen, mit der SPD als möglichem Juniorpartner. Der CDU warf Kretschmann vor, ein taktisches Verhältnis zur Bürgergesellschaft zu haben. Nötig sei jedoch ein »Denken in Varianten, ein offener Umgang mit Alternativen«. »Wo diese Offenheit nicht herrscht, kann kein Vertrauen entstehen.«

Laut Kretschmann ist zum einen »mehr Parlament« gefragt. Der Stuttgarter Landtag sei nach fast sechzig Jahren CDU-Herrschaft zu einem »Anhängsel der Regierung« geworden, kritisierte er. Gefragt sei ein Parlament, dass in Haushaltsfragen seine Kontrollfunktion wahrnehme, statt - wie seiner Ansicht nach bei Stuttgart 21 geschehen - Kostensteigerungen einfach nur »durchzuwinken«.

Der Oppositionspolitiker sprach sich für eine Stärkung der direkten Demokratie und neue Formate der Bürgerbeteiligung aus. »Die Schlichtung von Stuttgart 21 kann dafür durchaus eine Blaupause sein, allerdings nicht, nachdem alles beschlossen ist, sondern vorher und mittendrin.« Entscheidend für die Akzeptanz von Großprojekten sei es, dass sämtliche Fakten auf den Tisch kommen, dass öffentlich, offen in der Sache und vor allem auf gleicher Augenhöhe diskutiert wird. In der Bildungspolitik regte Kretschmann mehr individuelle Förderung an. Applaus im Saal brandete auf, als der grüne Spitzenkandidat von der Herausforderung sprach, »dass wir den Bildungsaufstieg von der Herkunft entkoppeln müssen«.

Baden-Württemberg sei in dieser Hinsicht nicht gut aufgestellt und könne es sich nicht erlauben, dass Armut die Bildungschancen von Kindern schmälert. Reformen müssten von unten nach oben eingeleitet, Initiativen, die sich vor Ort um eine bessere Schule bemühen, unterstützt und ermutigt werden. »In der Breite müssen wir letztlich zu Ganztagschulen kommen«, sagte Kretschmann.

In einem Grußwort hatte auch die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke eingangs für einen Politikwechsel im Land geworben. Es sei Zeit, »dass Reutlingen wieder einen Grünen-Landtagsabgeordneten bekommt«, sagte sie. Bei den Wahlen 2001 und 2006 waren die Kandidatinnen Özlem Isfendiyar und Müller-Gemmeke knapp gescheitert.

Thomas Poreski, der diesmal für die Reutlinger Grünen antritt, warb für das Ziel, Neckar-Alb zur Pionierregion bei erneuerbaren Energien zu machen und bis zum Jahr 2030 hundert Prozent des gesamten Bedarfs durch Solarenergie, Biomasse und Windkraft zu decken. (GEA)